

NIEDERSCHRIFT Rat/013/2011

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 12.04.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Hans-Joachim Dübbel-
de
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Thomas Schulze Tem-
ming
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Frau Sarah Bosse-Berger
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Hubert Maas
Herr Helmut Geuking

Entschuldigt fehlt:

Herr Helmut Knüwer

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gibt nichts zu berichten.

2. Handelsrechtlicher Überschuss des Abwasserbetriebes

Frau Dirks verweist auf die Vorberatungen und lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der sowohl vom Betriebsausschuss als auch vom HFA abgelehnt wurde, abstimmen.

Beschluss:

Grundsatzbeschluss:

Im Zuge der Entscheidung über die handelsrechtliche Gewinnverwendung ab 2010 wird beschlossen, den Gewinn bis zur Höhe von 240.000,00 EUR insgesamt für die Jahre 2011 bis 2013 dem städtischen Haushalt zuzuführen.

Dieser Beschluss wird Inhalt einer „vertraglichen“ Vereinbarung zwischen dem Abwasserbetrieb und dem Kernhaushalt der Stadt Billerbeck.

Stimmabgabe: 24 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

3. Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich Finanz- und Investitionsplanung

Frau Dirks appelliert an die Ratsmitglieder, den Haushaltsplan heute zu verabschieden. Der Rat habe den Bürgern gegenüber die Verpflichtung, die Finanzen im Rahmen eines Haushaltsplanes abzusichern. Wenn heute kein Haushaltsplan verabschiedet werde, befinde man sich im sogenannten „Nothaushaltsrecht“, womit die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt stark eingeschränkt wäre.

Dann tragen Herr Fehmer, Herr Dittrich, Herr Schlieker, Herr Maas und Herr Geuking nacheinander ihre Haushaltsreden vor **(Anlagen 1 – 5)**.

Frau Dirks führt aus, dass sie normalerweise ohne Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen lasse. Jetzt gebe es aber die ungewöhn-

liche Situation, dass Herr Schlieker in seiner Haushaltsrede einen Antrag gestellt habe.

Herr Schlieker erklärt, dass er seinen Antrag zurückziehe. Da seitens der CDU- und SPD-Fraktion angekündigt wurde, den Haushalt nicht mittragen zu wollen, werde es heute wohl nicht zu einer Verabschiedung kommen. Damit sei sein Antrag nicht mehr relevant.

Beschluss:

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) werden die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Billerbeck für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich Finanz- und Investitionsplanung und Anlagen unter Einbeziehung der Änderungen des HFA lt. letzter Veränderungsliste vom 07.04.2011 beschlossen.

Stimmabgabe: 2 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen

Da der Haushaltsplan damit abgelehnt ist, kündigt Frau Dirks für den 5. Mai 2011, 18:00 Uhr, eine Sondersitzung des Rates an. Die ebenfalls an diesem Tag vorgesehene HFA-Sitzung finde im Anschluss hieran statt.

4. **Satzung der Stadt Billerbeck zur vorgezogenen Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen im Wasserschutzgebiet des Wasserwerkes der Gemeinde Nottuln gem. § 61a Abs. 3 bis 7 LWG NRW**
Herr Spengler stellt voran, dass die Vorberatung im Betriebsausschuss konstruktiv und fair verlaufen sei. Schließlich sei ein vom Ausschussvorsitzenden unterbreiteter Kompromissvorschlag einstimmig beschlossen worden und die Frist für die erstmalige Dichtheitsprüfung im Geltungsbereich der Satzung auf den 31.12.2012 verlängert worden. Leider habe dann jemand aus den Reihen der Fraktion des Vorsitzenden vermeintlich persönliche Interessen über die des Gemeinwohls gestellt und gegen den Kompromissvorschlag gestimmt. Deshalb fühle er sich nicht mehr an diesen Beschlussvorschlag gebunden und spreche sich für die verwaltungsseitig vorgeschlagene Frist bis zum 30.06.2012 aus.

Herr Schlieker schließt sich den Ausführungen des Herrn Spengler an. Er sei sehr erbost über das Verhalten der CDU gewesen und werde gegen den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses stimmen.

Frau Dirks lässt zunächst über den weitergehenden Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses abstimmen.

Beschluss:

Die anliegende Satzung der Stadt Billerbeck zur vorgezogenen Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen im Wasserschutzgebiet des Wasserwerkes der Gemeinde Nottuln gem. § 61a Abs. 3 bis 7 LWG NRW wird mit der Maßgabe beschlossen, dass die Frist für die erstmalige Dichtheitsprüfung bei bestehenden privaten Abwasseranlagen im Geltungsbereich der Satzung bis zum 31.12.2012 verlängert wird.

Stimmabgabe: 12 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen

Der Beschlussvorschlag ist damit **abgelehnt**.

Frau Dirks lässt dann über den Antrag des Herrn Spengler, die Frist wie ursprünglich vorgeschlagen auf den 30.06.2012 festzusetzen, abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen ebenfalls **abgelehnt**.

Frau Dirks stellt fest, dass es also keinen Beschluss und keine Satzung gebe.

**5. Fortschreibung des Regionalplanes Münsterland
hier: Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen nach § 13 Abs. 1 LPlG i.V.m. § 10 Abs. 1 ROG**

Herr Flüchter weist auf die eng gesteckte Terminierung hin.

Frau Dirks erläutert, dass die Frist für die Abgabe der endgültigen Stellungnahmen bis zum 31.07.2011 laufe und bis dahin die Sitzungen entsprechend terminiert werden können.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass verwaltungsseitig schon vorgearbeitet und die Schwerpunkte herausgearbeitet wurden. Diese würden dieser Niederschrift als **Anlage 6** beigelegt.

**6. 1. Änderung des Bebauungsplanes "Oberlau II"
hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung der Beteiligungsverfahren**

Herr Mollenhauer schlägt vor, den Satzungstext um folgende Formulierung zu ergänzen:

„Die o. g. untergeordneten Bauteile und Nebenanlagen sowie Carports und Garagen dürfen von den gestalterischen Festsetzungen abweichen“ und den um diese Formulierung ergänzten Satzungstext für die Offenlegung zu billigen.

Der Rat schließt sich diesem Vorschlag an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Für das Plangebiet, welches große Teile des Bebauungsplangebietes „Oberlau II“ umfasst, wird die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Oberlau II“ beschlossen. Der Änderungsbereich liegt nördlich des Stadtzentrums und umfasst konkret die Flurstücke 434-451, 453-473 sowie 475-539 in der Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 12.
Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Änderung wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt. Nach § 13 Abs. 3 BauGB wird demnach auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht verzichtet.
3. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.

4. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Oberlau II“ und der Entwurf der Begründung werden gebilligt.
5. Nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB wird die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und die berührten Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Stimmabgabe: einstimmig

7. 38. Änderung des Flächennutzungsplanes -Sonderbaufläche Darfelder Straße- und 3. Änderung des Bebauungsplanes "Darfelder Straße"

hier: Vorstellung eines Plankonzeptes

Herr Fehmer berichtet, dass viele Bürger empört darüber seien, dass Aldi künftig den Bäcker und Fleischer nicht mehr beherbergen wolle. Auch wenn man keinen Einfluss auf die Entscheidungen von Aldi habe, sollten aber dennoch diesbezüglich Gespräche mit Aldi geführt werden. Er gehe davon aus, dass die Anlieger noch entsprechende Aktionen planen.

Frau Dirks legt dar, dass die Mieter ihr ihre Sorgen bereits vorgetragen hätten und sie zugesagt habe, mit Aldi zu sprechen.

Herr Dittrich stellt fest, dass sich doch heute bei der Abstimmung die Gelegenheit biete, ein Signal zu setzen.

Auch Herr Becks appelliert an die Mitglieder der CDU-Fraktion der Flächennutzungsplanänderung nicht zuzustimmen, um eine Diskussionsgrundlage gegenüber Aldi zu haben.

Frau Dirks weist darauf hin, dass dies nicht viel nutzen werde, da Aldi die Fläche benötige. Außerdem könnten sich die Bürger noch in der vorgezogenen Bürgerbeteiligung äußern.

Frau Mollenhauer betont, dass die Kommunalpolitiker dazu da seien, die Interessen der Bürger zu vertreten. Hier hätten sich die Bürger klar dahingehend geäußert, dass der Bäcker und Fleischer mit ihren Geschäften im Aldi bleiben sollen. Deshalb sollte ein Zeichen gesetzt und dem Vorschlag des Herrn Fehmer gefolgt werden.

Herr Maas schlägt vor, in die Bürgerbeteiligung zu gehen und die Zeit zu nutzen, um mit Aldi zu reden. Im Übrigen seien ja andere Lösungen möglich, um die Versorgung des Bereiches trotzdem zu gewährleisten.

Herr Flüchter spricht sich gegen die vorgeschlagene Änderung des Flächennutzungsplanes aus. Mit den scheinweisen Erweiterungen der Discounter an der Peripherie werde die Innenstadt weiter geschwächt. Außerdem hätte er nicht gedacht, dass die Folgen so gravierend sein werden.

Herr Maas geht davon aus, dass der Bäcker und Fleischer wohl kaum einen zusätzlichen Laden in der Innenstadt eröffnen werden, da sie dort bereits mit einem Geschäft vertreten seien. Er plädiert dafür, dass die

Verwaltung mit Aldi Gespräche führt.

Herr Becks wirft die Frage auf, ob es nicht auch eine Verhandlungsgrundlage wäre, wenn der Flächennutzungsplan nicht geändert werde.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass man auf die Aufteilung des Gebäudes keinen Einfluss habe. Das Meinungsbild in der Bevölkerung sei Aldi bekannt. Dort würden bereits entsprechende Überlegungen angestellt.

Frau Dirks schlägt vor, als ersten Schritt in die Bürgerbeteiligung zu gehen. Wenn diese ergebe, dass der Bäcker und Fleischer dort bleiben sollen, werde der Druck auf Aldi größer als wenn heute hier kein Beschluss gefasst würde. Dann wären es die Bürger vor Ort, die ihre Kritik kundtäten.

Herr Flüchter hält es für überzeugender, wenn der Rat sich dem Bürgerwillen anschliesse. Das würde die Verhandlungsposition der Stadt eher stärken.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Aldi auch ohne Flächennutzungsplanänderung die Pachtverträge mit dem Bäcker und Fleischer kündigen könnte.

Wenn man die Äußerungen der Bürger ernst nehmen wolle, so Herr Dittrich, dann sollte man eine Pause einlegen und so ein gemeinsames Signal setzen.

Herr Fehmer ist dagegen der Meinung, den Bürgern in einer Bürgerbeteiligung direkt die Möglichkeit zu geben, ihr Ansinnen zu vertreten. Dieses Votum werde der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss dann zu bewerten haben.

Beschluss:

Im Verfahren zur 38. Änderung des Flächennutzungsplanes und der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Stimmabgabe: 14 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen

8. Investitionskostenförderung für den U3-Ausbau in Kindertageseinrichtungen

hier: DRK Kindertageseinrichtung Oberlau

Frau Dirks erklärt sich als Vorsitzende des DRK-Ortsvereins für befähigt und übergibt zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungsvorsitz an den 1. stellv. Bürgermeister Herrn Faltmann.

Herr Struffert verweist zur Erläuterung auf die Vorberatung im Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss.

Frau Rawe erkundigt sich, ob die Ablehnung des Haushaltsplanes Folgen für diese Baumaßnahme habe.

Herr Melzner führt aus, dass trotz des Nothaushaltsrechtes in Absprache mit der Kommunalaufsicht Investitionen und hierzu erforderliche Kreditaufnahmen zulässig seien. Voraussetzung hierfür sei aber, dass eine gewisse Dringlichkeit festgestellt werde.

Frau Mollenhauer unterstreicht, dass speziell die Kosten für die U3-Betreuung ganz besonders dringlich seien, weil die Betreuungszusagen bereits versandt wurden. Also stehe das DRK in der Verpflichtung die Betreuungsverträge zu erfüllen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Billerbeck stellt Zuschussmittel im Haushalt 2011 zur Verfügung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die haushaltsrechtliche Genehmigung seitens der Aufsichtsbehörde einzuholen und diese insoweit zu beteiligen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger der Kindertageseinrichtung einen Zuschussvertrag unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Aufsichtsbehörde zu vereinbaren.

Stimmabgabe: einstimmig

9. **Antrag der SPD-Fraktion 21. März 2011**
hier: Überplanung des Kreuzungsbereiches Ludgeristraße/Hagen/Industriestraße/Zu den Alstätten
 Frau Bosse-Berger begründet den SPD-Antrag.

Herr Mollenhauer führt aus, dass der Landesbetrieb bekanntlich im Bereich Industriestraße/Hagen die Straßenoberfläche erneuern wolle. Dieses Vorhaben sei schon seit mehreren Jahren aufgeschoben. Außerdem liege noch der SPD-Antrag bzgl. des Parkens im Bereich Friedhof auf dem Tisch. Inzwischen habe der Landesbetrieb zugesagt, im kommenden Jahr, falls die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die Oberflächenbehandlung durchzuführen. Die Zeit bis dahin könnte genutzt werden, um über die neue Raumaufteilung nachzudenken. Der Landesbetrieb habe zugesagt, einen Markierungsplan vorzulegen.

Der Kreuzungsbereich Ludgeristraße, der bereits im Zuge des für 2013 geplanten Neuausbaues aufgegriffen worden sei, könne dann ebenfalls in die Überlegungen einbezogen werden.

Herr Becks spricht sich dennoch für eine Verweisung des Antrages in den zuständigen Ausschuss aus.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 21. März 2011 wird in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

**10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01. April 2011
hier: Handlungskonzept für den Berkelquelltopf**
Herr Flüchter begründet den Antrag.

Herr Fehmer kann den Antrag nicht nachvollziehen, da der Antrag genau das beinhalte, was der Umwelt- und Denkmalausschusses am 3. Dezember 2009 bereits beschlossen habe. Der Verwaltung sei ein klarer Auftrag erteilt worden. Deshalb sehe er keine Notwendigkeit, sich mit dem Antrag zu beschäftigen.

Auf Nachfrage von Herrn Fehmer, erläutert Herr Hein, dass sich aufgrund inzwischen geführter Gespräche neue Erkenntnisse ergeben hätten. Außerdem gebe es den Hinweis, dass nicht nur eine Landesförderung von 80% möglich ist, sondern auch darüber hinaus.

Frau Dirks weist darauf hin, dass das Thema ohnehin auf die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses komme, weil Färbeversuche durchgeführt wurden, eine Konferenz stattgefunden habe und es neue Veröffentlichungen gebe.

Herr Becks ärgert sich darüber, dass immer wenn Fraktionsanträge gestellt werden, von der Verwaltung darauf hingewiesen wird, dass bereits alles im Fluss ist.

Herr Dittrich hält es für wichtig, die Angelegenheit demnächst wieder zu thematisieren.

Herr Flüchter macht deutlich, dass Intention des Antrages gewesen sei, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Der Förderantrag müsse ja mit einem technischen Konzept hinterlegt werden.

Herr Dr. Meyring stellt heraus, dass den Ratsmitgliedern nicht immer der Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge bekannt sei. Diesbezüglich sollte doch von der Verwaltung eine Liste erstellt werden, die immer noch ausstehe. Auch die beiden Fraktionsanträge resultierten aus dem „Unkenntnisstand“ der Ratsmitglieder. Hier müsse professioneller gearbeitet werden.

Frau Dirks entgegnet, dass es zum einen um die Liste der noch nicht beantworteten Anfragen gehe, die bereits der heutigen Niederschrift beigelegt werde.

Zum anderen bitte sie um Verständnis, dass vor allem wenn Dritte beteiligt sind, nicht immer innerhalb von 2 – 3 Monaten eine neue Sitzungsvorlage vorgelegt werden könne.

Herr Dr. Meyring hält dem entgegen, dass er das auch nicht erwarte. Er erwarte aber, dass ein gefasster Beschluss oder eine Anfrage bis zu einem bestimmten Termin bearbeitet bzw. beantwortet werden. Wenn das bis zu dem Termin nicht möglich sei, müsse in einer Sitzung hierauf hin-

gewiesen werden.

Herr Dittrich pflichtet der CDU in diesem Fall bei, da er dieses Manko auch sehe.

Schließlich fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen wird an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

11. Mitteilungen

11.1. Baumanpflanzungen - Frau Dirks

Frau Dirks weist darauf hin, dass im Bereich Wüllen zwei Bäume und im Bereich der K 13 ein großer Baum gepflanzt wurde. Dabei handele es sich um Geschenke, die der Stadt im Zuge einer Hausübernahme zur Verfügung gestellt wurden.

11.2. Preisabsprachen bei der Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen - Herr Messing

Zur Anfrage von Herrn Tauber teilt Herr Messing mit, dass es bei der Anschaffung von Fahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr Billerbeck keine Preisabsprachen gegeben habe.

11.3. Liste über unbeantwortete Anfragen - Herr Messing

Herr Messing teilt zu der angemahnten Liste über noch nicht beantwortete Anfragen mit, dass künftig den Ratsniederschriften eine Liste der noch offenen Anfragen beigelegt werde.

Herr Tauber bittet darum, in die Liste auch den Namen des jeweils zuständigen Ansprechpartners aufzunehmen.

Frau Dirks teilt mit, dass generell der Fachbereichsleiter Ansprechpartner ist.

11.4. Buswartehäuschen in Gerleve - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Spengler zur Bus-

verbindung Münster – Coesfeld und der Anregung, die neu errichteten Buswartehäuschen am Kloster Gerleve umzusetzen, weil sie wegen der fehlenden Frequentierung nicht mehr notwendig seien. Hierzu teilt er mit, dass die Linie 563 heute nicht mehr bis Coesfeld fahre, sondern in Billerbecke ende. Allerdings frequentierten 7 x täglich die Busse auf der Linie 587 die Haltestelle am Kloster, allerdings überwiegend zu Zeiten der Schülerbeförderung, wobei zurzeit Schüler diese Möglichkeit nicht nutzen. Ob Gäste des Jugendgästehauses oder des Klosters die Busse nutzen, entziehe sich seiner Kenntnis.

Herr Becks merkt an, dass dies sicherlich ein Fall für den Bund der Steuerzahler wäre. Er würde zu gerne wissen, wie viele Fahrgäste dort ein- oder aussteigen. Außerdem wolle er konkret wissen, ob die Wartehäuschen umgesetzt werden können oder nicht.

Frau Dirks antwortet, dass aufgrund der Zweckbindung eine Umsetzung nicht möglich ist.

11.5. Fällen von Holz auf städt. Grundstücken - Herr Mollenhauer

Zur Nachfrage von Herrn Dr. Meyring, warum das städt. Holz zwischen einem Grundstück im Wohngebiet Oberlau I und dem Niesingweg und auf dem am Windmühlenweg liegenden Grundstück beseitigt wurde, teilt Herr Mollenhauer mit, dass es sich im letzten Fall um Grünpflegemaßnahmen der Stadt gehandelt habe. Das Holz hätten Anlieger käuflich erworben.

Im Bereich Niesingweg sei eine Hecke auf-den-Stock-gesetzt worden, weil sich Anlieger über überhängende Äste beschwert und einen Rückschnitt gefordert hätten.

11.6. Sperrung der Kreisstraße vom Kreisverkehr in Richtung Aulendorf - Herr Mollenhauer

Zur Anfrage von Frau Mollenhauer, ob an der Absperrung nicht ein Hinweisschild angebracht werden könne, dass die Zufahrt bis zur Kapelle und Gaststätte möglich sei, teilt Herr Mollenhauer mit, dass das Schild inzwischen angebracht wurde.

Frau Mollenhauer merkt an, dass es sich um ein sehr kleines Schild handle.

11.7. Austretende Sickersäfte im Bereich der neuen Biogasanlage auf der Beerlage - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zur Nachfrage von Frau Mollenhauer mit, dass die Lagerfläche mit Folie ausgelegt wurde, so dass die Sickersäfte aufgefangen werden.

11.8. Defekte Leitpfosten im Bereich der Zufahrt zum Wohngebiet Oberlau I - Herr Mollenhauer

Zum Hinweis des Herrn Dittrich auf beschädigte Leitpfosten im Bereich der Zufahrt zum Wohngebiet Oberlau I teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Leitpfosten bei der Rückstufung der Kreisstraße vom Kreis vergessen und jetzt entfernt wurden.

11.9. Photovoltaikanlage auf städt. Gebäuden - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt Bezug nehmend auf die von Herrn Schlieker in seiner Haushaltsrede angesprochenen Photovoltaikanlagen mit, dass die Photovoltaikanlage im Bereich der Hauptschule aus dem Haushaltsplan heraus genommen wurde, weil das Dach statisch nicht geeignet sei. Die Photovoltaikanlage auf dem Dach der Realschule sei weiter im Haushaltsplan enthalten.

Herr Dr. Sommer erkundigt sich, wer die statische Überprüfung durchgeführt habe. Es gebe immer die Möglichkeit, statisch etwas zu verändern.

Frau Dirks erläutert, dass mögliche Schneelasten letztendlich ausschlaggebend gewesen seien.

Herr Mollenhauer verweist auf die nichtöffentliche Sitzung, in der er hierzu weiter ausführen werde.

12. Anfragen

12.1. Kontrollgänge des Ordnungsamtes und der Polizei - Herr Brockamp

Herr Brockamp erinnert an eine schon länger zurückliegende Anfrage bzgl. der gemeinsamen Kontrollgänge des Ordnungsamtes mit der Polizei. Er bitte, diese Anfrage in die Liste der unbeantworteten Anfragen aufzunehmen.

Das wird verwaltungsseitig zugesagt.

12.2. Annahmestellen für Gasentladungslampen - Herr Brockamp

Herr Brockamp weist darauf hin, dass es Probleme mit der Entsorgung von Neonröhren und Energiesparlampen gibt und sie deshalb häufig in der Restmülltonne landeten. Er erkundigt sich, ob die Möglichkeit der Entsorgung über die Annahmestellen auch publiziert wurde.

Herr Melzner führt aus, dass die örtlichen Annahmestellen im Umweltkalendar der Stadt Billerbeck aufgeführt seien und damit jedem Haushalt

bekannt seien.

Frau Dirks sagt zu, eine Pressemitteilung zu veranlassen.

Herr Becks erkundigt sich, ob am Wertstoffhof Batterien angenommen werden.

Das wird von Herrn Melzner bejaht.

12.3. Programm des Landes NRW "QuietschFidel" - Herr Kösters

Herr Kösters erkundigt sich, ob der Verwaltung das Programm „QuietschFidel“ bekannt sei, in dem es um Schwimmunterricht für Kinder gehe.

Das wird von der Verwaltung verneint.

12.4. Kapazität des Schadstoffmobils - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass die Kapazität des Schadstoffmobils oftmals nicht ausreichen soll und in solchen Fällen die Annahme von Schadstoffen verweigert werde.

Herr Melzner sagt zu, dem Hinweis nachzugehen.

Herr Dr. Meyring wirft die Frage nach den vertraglichen Regelungen bzgl. der Kapazitäten des Schadstoffmobils auf und regt an, dass sich der Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten hiermit einmal beschäftigen sollte.

12.5. Bahntrassenradweg Coesfeld - Rheine - Herr Dr. Sommer

Von Herrn Dr. Sommer nach dem Stand des Bahntrassenradweges befragt, berichtet Herr Mollenhauer, dass zurzeit die Ausschreibung für den 3. Bauabschnitt vorbereitet werde. Nach der Brückensanierung und einem Rückschnitt des Grüns in diesem Jahr soll im nächsten Frühjahr mit dem Bau begonnen werden. Mit der Fertigstellung werde zum Spätsommer 2012 gerechnet.

12.6. Geschwindigkeitsmessgerät - Herr Spengler

Auf Nachfrage von Herrn Spengler teilt Herr Messing mit, dass das Geschwindigkeitsmessgerät auch statistische Daten erfasst.

Herr Spengler bittet darum, das Geschwindigkeitsmessgerät an der Münsterstraße zwischen Ostwall und Holthäuser Straße einzusetzen.

Frau Dirks teilt mit, dass sich ein Bürger wiederholt bei der Verwaltung

über das dortige hohe Verkehrsaufkommen und die zu hohen Geschwindigkeiten beschwert habe.

Demnächst werde das Geschwindigkeitsmessgerät dort eingesetzt und über die Ergebnisse berichtet.

12.7. Bildungspaket der Bundesregierung - Herr Fehmer

Auf Nachfrage von Herrn Fehmer erläutert Herr Struffert wie in Billerbeck das neue Bildungspaket der Bundesregierung umgesetzt wird.

12.8. Wildwarnreflektoren an der L 506 - Herr Kösters

Herr Kösters weist darauf hin, dass der Landesbetrieb an der L 506 auf der Beerlage Leitpfosten ausgetauscht habe. An den neuen Leitpfosten müssten jetzt aber noch die Wildwarnreflektoren angebracht werden.

Herr Mollenhauer sagt zu, den Hinweis an den Landesbetrieb weiter zu geben.

13. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Es werden keine Fragen von Bürgern gestellt.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Bernhard Faltmann
stellv. Vorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin